

p.B.15.21.Gui.B. - BL/SLO

Bern, 24. April 1989

- Notiz an:
- DEH, Sektion Westafrika
 - DEH, Sektion Humanitäre- und Nahrungsmittelhilfe
 - Sektion internationale Umweltangelegenheiten
 - Politisches Sekretariat
 - Finanz- und Wirtschaftsdienst
 - Informations- und Pressedienst
 - Protokoll
-
- Sekretariat Bundespräsident Delamuraz, EVD
 - Herrn Botschafter Pierre-Louis Girard, Delegierter für Handelsverträge, BAWI
 - BAWI, EVD
Afrikaländerdienst
 - BAWI, EVD
Entwicklungsfinanzierung Afrika
-
- BUWAL, EDI
-
- Schweiz. Botschaft, Bruxelles
 - Schweiz. Botschaft, Dakar

Offizieller Arbeitsbesuch Präsident Joao Bernardo VIEIRA,
Guinea-Bissau, Bern (20.4.89)

In der Beilage erhalten Sie den Bericht über randvermerkten Arbeitsbesuch, welcher in gleicher Form in den "Informations hebdomadaires" vom 24.4.1989 wiedergegeben wurde.

POLITISCHE ABTEILUNG II

Kopien: Sekr. BRF, Sekr. JAC
SRU, RUE, FE, BL

A. Rüegg

an	Rüegg			a/a
Datum	25.4.89			2/4
Visa	2/4			ST
EDA	25.04.89			-9
Ref.	p. B. 15.21. Gui. B. (1)			



Der Präsident der Republik Guinea-Bissau, General João Bernardo Vieira (V), ist am Donnerstag, den 20. April 1989 zu einem **offiziellen Arbeitsbesuch** mit Bundesrat Felber (BRF) zusammengetroffen. Präsident Vieira wurde anschliessend von Bundespräsident Delamuraz zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen. Im Anschluss an das durch den Bundesrat offerierte Mittagessen wurde V Gelegenheit geboten, ASCOM-HASLER AG in Bern und am 21. April die Firmen André & Cie S.A. Lausanne, sowie die Société Générale pour l'Industrie in Genf zu besuchen.

Zusammenfassung der offiziellen Gespräche

Präsident Vieira wies auf die grossen Wirtschaftsprobleme seines Landes hin. Guinea-Bissau (G.B.) müsse die von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds geforderten **Strukturanpassungsprogramme** in die Tat umsetzen. Trotz Inflation, Schuldenlast, negativer Zahlungsbilanz u.s.w. gelte es, ein **wirtschaftliches Gleichgewicht** zu schaffen. Guinea-Bissaus Wirtschaftspolitik sei deshalb liberal ausgerichtet worden und ein **Investitionsschutzgesetz** garantiere vorteilhafte Bedingungen für den ausländischen Investor. Als **mögliche Bereiche** derartiger Investitionen oder technischer Entwicklungszusammenarbeit nannte V den Aus- oder Aufbau der verarbeitenden Industrie (Agrarprodukte), Bergbau, Fischerei, Forstwirtschaft, Landwirtschaft, sowie im Tourismus. Im weiteren erhoffe sich V Unterstützung bei der **Erneuerung des Industrieparks**.

V gab seinem Wunsche für eine Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit mit der Schweiz Ausdruck. Ein entsprechendes Rahmenabkommen sollte abgeschlossen werden.

Im weiteren ersuchte V um die schweizerische Unterstützung bei den im Mai in Paris stattfindenden, sein Land betreffenden, **Umschuldungsverhandlungen**. In Anspielung auf die seinerzeit geplante Lagerung von Giftmüllabfällen in G.B., bemerkte V, niemals bereit zu sein, derartige Abfälle, nicht zuletzt wegen der fehlenden Infrastruktur, in seinem Lande zu lagern.

Bundesrat Felber wies auf den Umstand hin, dass der bewilligte Rahmenkredit für **Zahlungsbilanzhilfe** bereits gebunden sei und ein neuer Kredit erst 1990 spruchreif würde. BRF nahm vom Wunsche für schweizerische Unterstützung im Rahmen der Umschuldungsverhandlungen in Paris mit Verständnis Kenntnis und stellte eine entsprechende schweizerische Haltung in Aussicht. BRF wies auf die schweizerische Beteiligung von 200 Mio. Fr. für ESAF hin. Bezüglich **privaten Investitionen** läge es in erster Linie an G.B., entsprechende Vorstösse, z.B. via OSEC, zu machen.

BRF äusserte sich nicht über die laufenden und neu unterbreiteten **Projekte** im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Diese Fragen wurden im Anschluss an die offiziellen Gespräche auf Stufe Sachbearbeiter DEH und G.B. Delegation erörtert. Dabei wurde einmal mehr darauf hingewiesen, dass G.B. für die Schweiz kein **Schwerpunktland** darstelle. G.B. wurde aber versprochen, 2 ev. 3 der vorgelegten Projekte näher zu prüfen und allenfalls vor Ort näher zu evaluieren. Der ausstehende Bericht i.Z. mit der Lieferung von Kleinlastwagen wurde von G.B. in Aussicht gestellt.

BRF ermunterte G.B., das Basler Uebereinkommen über gefährliche Abfälle bzw. die entsprechende Konvention zu unterzeichnen (G.B. war an der Basler Konferenz nicht vertreten). Einschlägige Unterlagen (Konvention) wurden der G.B. Delegation ausgehändigt. In Zusammenhang mit der Schuldenfrage zeigte sich BRF von der Notwendigkeit von Strukturanpassungsprogrammen überzeugt und ist sich der damit verbundenen sozialen Auswirkungen bewusst. Um den negativen Folgen solcher Anpassungsprogramme entgegenzusteuern, unterstütze die Schweiz Entwicklungsprojekte in G.B., wobei auf die Schulung von Arbeitskräften und Kader grossen Wert gelegt werde.

Im politischen Tour d'horizon zeigte sich Präsident Vieira erfreut über die Lösung der Namibia- und Angolafrage und strich die wichtige Rolle der internationalen Gemeinschaft im Unabhängigkeitsprozess Namibias hervor. Angolas Präsident Dos Santos habe V gegenüber kürzlich verlauten lassen, dass dieser sich stricke an die Abmachungen (Resolution 435) halten werde. Gegenüber Südafrika nahm Präsident V die uns schon vorher bekannte moderate Haltung ein, verurteilte aber die Apartheid-Politik, ein System, welches es abzuschaffen gelte, um eine umfassende Normalisierung in dieser Region herbeizuführen.

V begrüsst die Annäherung der beiden Supermächte USA- Sowjetunion mit den damit verbundenen Erfolgen in den Abrüstungsgesprächen, sowohl im nuklearen- als auch im chemischen Waffenbereich (G.B. habe die Genfer Konvention von 1925 ratifiziert).

Der Departementschef verwies betreffend Namibia auf die Rolle der Schweiz innerhalb der GANUPT und unterstrich die Wichtigkeit eines Erfolges dieses Unabhängigkeitsprozesses (Erlangung der Unabhängigkeit eines Staates mit friedlichen Mitteln). BRF erläuterte daraufhin seinerseits die Haltung der Schweiz zu Südafrika.

Die Annäherung der beiden Supermächte hätte die Lösung einiger Regionalkonflikte beschleunigt. Abschliessend erläuterte BRF noch die schweizerische Haltung betreffend den Export von chemischen Waffen.

Die Gespräche verliefen in einer guten Atmosphäre.